

1073/AE XX.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abg. Helmut Haigermoser, DI Hofmann, Böhacker
und Kollegen
betreffend Beseitigung des bestehenden Verhaltenskartells

Die vor kurzem präsentierte WIFO - Studie „Der Kraftstoffmarkt in Österreich“ bestätigt, daß die Nettotreibstoffpreise in Österreich im Vergleich mit den umliegenden Staaten zu hoch sind. Dies wird auch im Antrag, mit dem das Preisgesetz 1992 geändert wird, bestätigt, in dem folgende Ausführungen enthalten sind: *„Die Preise für Benzin und sonstige Mineralölprodukte liegen in Österreich bereits **seit langem** wesentlich über dem Preisniveau in vergleichbaren Ländern.“* und *„In diesen Fällen ist es bereits ein Indiz für eine ungerechtfertigte Preispolitik in Österreich, wenn **dauerhaft** die Preise in Österreich über dem internationalen Preisniveau liegen und sogar noch erhöht werden.“* Begründet werden die überhöhten Preise mit einer **ungerechtfertigten Preispolitik der Mineralölwirtschaft**, wodurch **großer volkswirtschaftlicher Schaden entsteht, und zwar sowohl für die Wirtschaft als auch für die Konsumenten**.

Mitverantwortlich für diese Situation ist sicherlich vor allem die Bundesregierung - allen voran der Bundesminister für Finanzen - da diese als (Mehrheits -/ Mit -)Eigentümer der OMV eine maßgebliche Gestaltungsmöglichkeit im Unternehmen und somit auch an der Benzinpreisbildung hatte bzw. hat. Weiters profitierte und profitiert der Bundesminister für Finanzen an den überhöhten Preisen durch die erzielten Mehreinnahmen aus Umsatzsteuer sowie durch eine dadurch mitverursachte höhere Dividendenzahlung der OMV.

Daß die OMV für die Benzinpreisbildung in Österreich hauptverantwortlich war/ist, belegt die Tatsache, daß in der Regel die OMV eine Erhöhung oder Senkung ihrer Treibstoffpreise über die APA bekanntgab und die restlichen Mitbewerber ebenfalls mit kurzer zeitlicher Verzögerung eine Preisänderung bekanntgaben, wie folgende Beispiele zeigen:

So war am 7. April 99 in der APA 558 um 16:45 zu lesen, daß die OMV alle Spritpreise um 20 Groschen pro Liter angehoben hat, und bereits um 17:27 in der APA 594, daß die anderen Mineralölkonzerne höchstwahrscheinlich mit ihren Preisen nachziehen werden. Am 20. März 98 wurden lt. APA 536 (15:53) die Treibstoffe spürbar billiger, wobei die Preissenkungsrunde von den Unternehmen OMV und Shell eingeleitet worden sei. Am 28. August 97 um 15:04 kündigte die OMV eine Verbilligung von Benzin und Diesel um 15 Groschen an, und lt. OTS 163 um 15:26 senkte die BP Austria ebenfalls ihre Benzin - und Dieselpreise.

Unverständlich an dieser Vorgangsweise ist vor allem, daß Unternehmen mit völlig unterschiedlichen betriebswirtschaftlichen Kennzahlen und unterschiedlich hoher Belieferung von Treibstoffen durch die OMV beinahe zur gleichen Zeit ihre Spritpreise um den gleichen Betrag erhöhen oder senken. Interessant ist auch das kaufmännisch nicht nachvollziehbare Verhalten, eine Preiserhöhung über die Medien zu verkünden. Dies ist mehr als nur ein Indiz für ein seit Jahrzehnten in Österreich bestehendes Verhaltenskartell innerhalb der Mineralölbranche.

Hauptbetroffene dieser Situation waren/sind insbesondere jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die durch den verschärften Wettbewerb am Arbeitsmarkt gezwungen sind, zu pendeln. Wie hoch die finanzielle Inanspruchnahme der Autofahrer ist, beweist nachstehende für 1998 erstellte Aufstellung:

Einnahmen	(in Mrd.)
Mineralölsteuer	35,6 öS
Normverbrauchsabgabe	5,4 öS
KFZ - Steuer	1,7 öS
Motorbezogene Vers.Steuer	9,8 öS
Straßenbenützungsabgabe	1,0 öS
Maut und Vignette	6,5 öS
Parkgebühren	<u>2,0 öS</u>
Gesamtsumme:	62,0 öS

Bemerkenswert ist, daß sich das Mineralölsteueraufkommen von 18,9 Mrd. öS im Jahr 1989 auf 35,6 Mrd. öS im Jahr 1998 nahezu verdoppelt hat. Aufgrund des Wunsches des Bundesministers für Finanzen nach Ökologisierung des Steuersystems muß sogar noch eine weitere Erhöhung der Mineralölsteuer nach den NR - Wahlen erwartet werden.

Nicht eingerechnet in die Gesamtsumme in der Höhe von 62 Mrd. öS sind die von den Autofahrern zu tragenden indirekten Kosten, wie z.B.: MWSt. für Treibstoff (mit überhöhten Nettopreisen), Reparaturen und Kauf.

In Anbetracht dieser exorbitanten Kosten und der durch das Verhalten der Bundesregierung - insbesondere des Bundesministers für Finanzen - bedingten, beinahe jahrzehntelangen Mehrbelastung der Österreicher und Österreicherinnen stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich Maßnahmen zur Beseitigung des in der Mineralölbranche bestehenden Verhaltenskartells zu setzen mit dem Ergebnis einer spürbaren Treibstoffpreissenkung, um weiteren großen volkswirtschaftlichen Schaden sowohl für die Wirtschaft als auch für die Konsumenten zu verhindern.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wirtschaftsausschuß vorgeschlagen.